

Streit um KMU-Kredite hält an

Ratings der Banken dürften demnächst auch im **Bundeshaus** zur Sprache kommen

Bankkredite für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beschäftigen nun auch die Wirtschaftskommission des Nationalrats. Zur Diskussion steht eine Wiederbelebung der Bürgschaftsgenossenschaften.

HANS GALLI

Die Banken und die Bundesbehörden beschwichtigen, Unternehmer und Politiker von links bis rechts bleiben jedoch unbeirrt: In ihren Augen haben die Banken ihre Kreditzügel massiv angezogen. Viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) seien dadurch in ihrer Existenz gefährdet.

Das Schreckgespenst heisst «Basel II». Konkret geht es um die Eigenmittelvorschriften für Banken, welche der Basler Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) überarbeitet. «Basel II» wird zwar erst 2006 in Kraft treten, aber die neue Regelung sorgt bereits im Vorfeld für rote Köpfe.

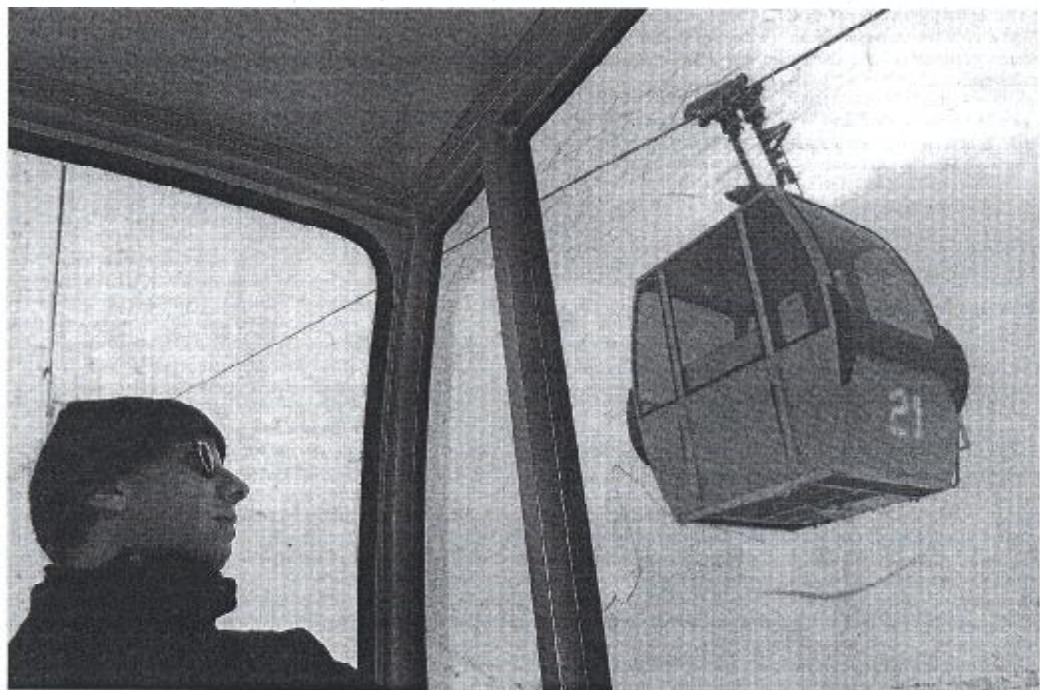
Nationalrat Rudolf Strahm (sp, BE) fordert in einem Postulat, der Bundesrat soll die Auswirkungen von «Basel II» prüfen. Zudem soll «Basel II» nur für die Grossbanken, nicht aber für die im Inland tätigen Banken gelten. Kleine Kredite seien gänzlich auszunehmen.

Rating nicht vorgeschrieben

Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament, das Postulat abzulehnen. «Basel II» führe nicht zu einer generellen Erhöhung der Kreditzinsen, aber zu unterschiedlichen Zinsen je nach Bonität. Gute Schuldner zahlten künftig eine tiefere Risikoprämie auf ihren Kreditzinsen, schlechte Schuldner eine höhere. Die Risikoprämie könne mit drei verschiedenen Verfahren ermittelt werden: dem Standardverfahren, dem internen Kreditrating und dem fortgeschrittenen internen Kreditrating. Das Kreditrating sei nicht vorgeschrieben. Die Grossbanken hätten es ohne Druck von «Basel II» eingeführt. Die meisten Schweizer Banken dürften sich auch nach 2006 auf das Standardverfahren beschränken, schreibt der Bundesrat.

Überholte Diskussion?

Strahm habe mit seinem Postulat eine Diskussion aufgegriffen, welche in der EU schon lange beendet sei. Die Schweiz hänge hier offensichtlich nach, sagte Daniel Zuberbühler, Direktor der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK), an einem Symposium des Vereins



Für den **Tourismus** ist die Kreditbeschaffung besonders schwierig geworden.

KEYSTONE

Interferum in Bern. Der Basler Ausschuss habe die Kritik aus der EU aufgenommen. Für Kredite an KMU mit einem Umsatz von 5 bis 50 Millionen Euro benötigten die Banken 10 bis 20 Prozent weniger Eigenkapital als bei Krediten an Grossunternehmen. Kredite bis 1 Million Euro würden unter das Realgeschäft eingereiht, was weitere Lockerungen erlaube. Die Forderung Strahms, Regionalbanken sowie kleine Kredite von den Basler Richtlinien zu befreien, gehe aber zu weit. Die Kundengelder wären zu wenig geschützt, sagte der EBK-Direktor.

Allianz von SP und Gewerbe

Strahm lässt aber nicht locker. Nach der negativen Antwort des Bundesrats hat er das Thema in der Kommission für Wirtschaft und Abgaberecht (WAK) lanciert. Dort kann der Sozialdemokrat auf die Unterstützung aus gewerblichen Kreisen und insbesondere auch von Seiten der SVP hoffen. In den vergangenen Tagen haben Hearings mit einer Reihe von Wirtschaftsvertretern stattgefunden.

Ein Thema war die Wiederbelebung der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften. Mit einer Bürgschaft im Rücken können die KMU rascher und günstiger zu Krediten, Jürg Hagmann, Vizepräsident des Schweizerischen

Treuhänderverbandes, stellt sich positiv zur Neulancierung des Bürgschaftswesens. Als Treuhänder mit Sitz in Bern könne er täglich feststellen, dass das Klima für die KMU härter geworden sei. Allerdings seien gesamtschweizerisch nur noch drei Bürgschaftsgenossenschaften nötig statt der drei bestehenden, erklärt Hagmann. Die Genossenschaften sollen aber ein einheitliches, professionelles Niveau aufweisen.

Das Hauptproblem bleibe jedoch auch hier die Finanzierung. Die Grossbanken seien offenbar nicht willig, sich für die Bürgschaftsgenossenschaften zu engagieren. Auch die leere Bundeskasse stünne nicht gerade optimistisch, erklärt Hagmann. Strahm hat der

WAK den Antrag gestellt, eine Motion zum Thema Überprüfung und Stärkung des gewerblichen Bürgschaftswesens zu verabschieden.

Factoring als neue Möglichkeit

Es muss allerdings nicht immer ein Bankkredit sein. Am **Interferum-Symposium** wurden andere Finanzierungsmöglichkeiten vorgestellt wie beispielsweise das Factoring. Es verschafft rasch liquide Mittel. Wenn ein KMU seinen Kunden Rechnung stellt, muss es meist mehrere Wochen bis zur Bezahlung warten. Es kann die Rechnung aber auch einem Factoring-Unternehmen verkaufen und erhält den Betrag minus Kommission sofort ausbezahlt. Angesichts der zurückhaltenden

Kreditpraxis der Banken rechne er mit einem wachsenden Factoring-Volumen, sagte Andreas Wenk, Gründer der KMU Factoring AG in Lachen (SZ).

Die Ärztekasse bietet das Factoring für ihre 5000 Mitglieder an. Rund 40 Prozent machten davon Gebrauch, erklärte Geschäftsführer Anton Pranti dem «Bund». Die Ärztekasse bevorschusse die Rechnung des Arztes. Das helfe ihm beispielsweise. Liquiditätsempässe bei der Beschaffung eines Röntgenapparats zu überbrücken.

Stiftung auf Geldsuche

Die Stiftung Renaissance KMU in Lausanne stellt nicht Kredite, sondern Eigenkapital zur Verfügung. Sie gehört den Pensionskassen und untersteht der Aufsicht des Bundesamts für Sozialversicherungen. Renaissance I hat 65 Millionen Franken investiert. Renaissance II wurde im Mai 2003 gestartet mit dem Ziel, 50 Millionen Franken zu beschaffen. Bis heute sind aber erst 20 Millionen eingetroffen.

Offenbar scheuten die Pensionskassen heute Investitionen in Risikokapital, sagte Geschäftsführer Christian Puhr. Risikokapital sei jedoch entscheidend für das Entstehen neuer Arbeitsplätze. Deshalb hoffe er, dass angestrebte Ziel bis 2005 zu erreichen. (H-)

«BASEL I» UND «BASEL II»

Der **Basler Ausschuss** der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat 1988 Mindestvorschriften für die Eigenmittel der Banken erlassen («Basel I»). 1998 startete der Ausschuss eine Revision der Eigenmittelvorschriften («Basel II»).

Hauptziel der Revision ist es, die Risiken der einzelnen Kredite differenzierter zu erfassen. Im Vordergrund steht die **Bonität** des Schuldners – also das Risiko, dass er den Kredit nicht zurückzahlen oder die Zinsen nicht begleichen kann.

Die Verhandlungen dauern immer noch an. **Daniel Zuberbühler**, Direktor der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK), ist Mitglied des Basler Ausschusses. «Basel II» soll **2006 in Kraft** treten. Die beiden **Grossbanken** haben aber schon lange ein **Kreditrating** für ihre Kunden eingeführt. Auslöser waren die hohen Verluste in den 90er-Jahren. Das Rating genügt den Vorschriften von «Basel II». Aber «Basel II» erlaubt auch **einfachere Verfahren**. (H-)